

Artikel vom 18.02.2017

Baugroßprojekte im Zentrum von Passau

CSU-Ortsverband Passau-Mitte fordert neues Verkehrskonzept

Der Ortsverband Passau-Mitte hat sich in seiner jüngsten Vorstandssitzung für ein umfassendes Verkehrskonzept und ggf. Neuregelungen ausgesprochen, auch und vor allem wegen der im Bereich Mitte in den kommenden Jahren anstehenden großen Bauprojekte, wozu etwa die Erweiterung der Universität und das Wohnprojekt „Peschl-Quartiere“ gehören, aber nicht zuletzt auch der Neubau eines „Europäischen Hauses“. „Bauplanung muss immer auch Verkehrsplanung sein“, betont der Ortsvorsitzende Markus Ihle. Wer die Verdichtung des Zentrums mit Wohnbebauung und Arbeitsplätzen vorantreibt, ohne sich gleichzeitig um die Verkehrssituation zu kümmern, organisiert genau den Stau, in dem er und alle anderen später stehen wird, waren sich die Mitglieder des Ortsvorstandes einig.

Einbezogen werden müsse in ein solches Verkehrskonzept unter anderem auch die Grünaustraße mit den einmündenden Straßen. Jedenfalls für Anlieger ist zu prüfen, das Verbot der Einfahrt in die Grünaustraße im vorderen Bereich aufzuheben (bis zur Leopoldstraße), was die Erreichbarkeit der dort liegenden Wohnungen und Geschäfte erleichtern würde. In diesem Zusammenhang plant der Ortsverband Passau-Mitte gemeinsam mit der „initiativegrünau“ im Frühjahr eine Ortsbegehung.

Für den Ortsverband Mitte ist eine weit- und umsichtige Verkehrsplanung das A und O. Ökologische Aspekte, wie die Reduzierung von Feinstaub und Verkehrslärm, stehen dabei genauso im Mittelpunkt wie urbane Mobilität zwecks Erhaltung und Steigerung der Attraktivität der Innenstadt. Zur Verringerung von Schadstoffen und Lärm plädieren die Mitglieder des Ortsvorstandes auch für einen Ausbau der E-Mobilität (Umstellung des Busverkehrs und Einrichtung von Stromtankstellen).

Zugleich wird der Oberbürgermeister aufgefordert, weder dringend notwendige Verkehrskonzepte auf die lange Bank zu schieben noch offenkundige Verkehrsprobleme in Passau auszusetzen und, anders als in der Vergangenheit, die Bevölkerung rechtzeitig in Diskussionen einzubeziehen. Transparenz der Entscheidungsvorgänge, eine frühzeitige Informationspolitik und Gesprächsbereitschaft der politischen Entscheidungsträger seien für bürgerschaftliche Teilhabe und eine lebendige Gesellschaft unverzichtbar. An dieser Stelle gibt es allerdings Defizite: „Was Kritikfähigkeit angeht, so ist zu beobachten, dass Jürgen Dupper zunehmend dünnhäutig reagiert und sich unsouverän verhält, etwa jüngst gegenüber den Mitgliedern des Gestaltungsbeirats“, stellt das Mitglied des Ortsvorstandes Prof. Dr. Holm Putzke fest.